

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Personal und Organisation Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 11/0355/WP17 Status: öffentlich AZ: FB 11/101 Datum: 04.09.2019 Verfasser: Angelika Holländer						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 04.07.2019 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="181 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 674 1382 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="181 707 379 732">10.10.2019</td> <td data-bbox="387 707 954 732">Personal- und Verwaltungsausschuss</td> <td data-bbox="962 707 1382 732">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	10.10.2019	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
10.10.2019	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 04.07.2019 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 04.07.2019 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Personal- und
Verwaltungsausschusses**

29. Juli 2019

Sitzungstermin:	Donnerstag, 04.07.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	Verwaltungsgebäude Aureliusstraße 30, Raum Melaten (401)

Anwesende:

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Ellen Begolli

Herr Holger Kiemes

Vertretung für: Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Christian Krenkel

Vertretung für: Ratsherr Dieter Claßen

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsfrau Claudia Plum

Ratsherr Michael Servos

Ratsfrau Melanie Astrid Seufert

Vertretung für: Ratsherr Lars Lübben

Frau Annika Fohn

Frau Jana Keller

Ratsfrau Dr. Elisabeth Lassay

Vertretung für: Herrn Ludger Eickholt (ab TOP 3)

Frau Ute Nußbaum

Ratsherr Udo Pütz

Vertretung für: Herrn Thomas Buhr

Abwesende:

Ratsherr Dieter Claßen	entschuldigt
Ratsfrau Elke Eschweiler	entschuldigt
Ratsherr Lars Lübben	entschuldigt
Herr Thomas Buhr	entschuldigt
Herr Ludger Eickholt	entschuldigt

als Teilnehmer der Verwaltung:

Frau Carina Begaß	FB 11
Frau Jennifer Buchem	FB 11
Herr Michael Carl	FB 11
Herr Norbert Dödtmann	FB 11
Herr Berthold Hammers	FB 11
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Lea Krings	FB 11 / Auszubildende
Frau Andra Mainz	FB 11
Herr Marc Neumann	Dez V
Herr Timo Pappert	FB 13
Herr Wolfgang Pauels	FB 01
Frau Julia Wanner	FB 11 / Auszubildende

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 23.05.2019 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0348/WP17

- 3 **Evaluation der Strategie zur nachhaltigen Personalgewinnung und -bindung**
Vorlage: FB 11/0346/WP17

- 4 **Sachstandsbericht über die eGovernment-Projekte**
Vorlage: FB 11/0350/WP17

- 5 **Förderprogramm Soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration
- Teilhabechancengesetz -
Aktueller Sachstandsbericht zur Umsetzung in der Stadtverwaltung**
Vorlage: FB 11/0347/WP17

- 6 **Veränderung des Stellenplans 2019
Einrichtung von zwei halben Stellen für ErzieherInnen im Bereich der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45)**
Vorlage: FB 11/0342/WP17

- 7 **Veränderung des Stellenplans 2019
Einrichtung von 2,0 Stellen im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration, Abteilung „Hilfen bei Einkommensdefiziten“ (FB 56/200) für die Sachbearbeitung „Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG“**
Vorlage: FB 11/0341/WP17

- 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Frau Parting eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 23.05.2019 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0348/WP17

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt mit 4 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 23.05.2019 (öffentlicher Teil).

zu 3 Evaluation der Strategie zur nachhaltigen Personalgewinnung und -bindung

Vorlage: FB 11/0346/WP17

Beginnend erläutert Herr Dr. Kremer, dass er den Fraktionen an dieser Stelle noch einmal seinen Dank für ihre politische Unterstützung aussprechen möchte. Vor etwas mehr als einem Jahr stellten entsprechende haushalterische und stelleneinrichtende Beschlussfassungen die Weichen, die Strategie zur Personalgewinnung und -bindung auf den Weg zu bringen. Heute unterstreiche der nachfolgende Beitrag den Erfolg der städtischen Marketingaktivitäten. Die Stadt werde als attraktive und interessante Arbeitgeberin wahrgenommen. Es gelte nun durch Erhaltung bzw. Sicherstellung der qualitativ und quantitativ anforderungsgerechten Personalausstattung den positiven Aufschwung mitzunehmen, um die hiesige Arbeitgebermarke weiterhin erfolgreich am Markt zu positionieren. Wie bereits in der Vorlage angekündigt werde im Rahmen der Präsentation eine detaillierte Darstellung der bereits durchgeführten bzw. sich momentan in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen des Konzeptes vorgestellt.

Frau Begaß, Frau Buchem und Herr Carl führen bild- und wortreich in abwechselnder Reihenfolge durch den dreigliedrigen Vortrag (Teil 1: Projektstruktur und Personalgewinnung / Teil 2: Personalbindung / Teil 3: Kennzahlen, Bewerbermanagement und Ausblick).

Im Anschluss an die Präsentation spricht Herr Servos der Verwaltung und den Vortragenden ein großes Kompliment sowohl bezüglich der sehr hohen Qualität der Vorträge als auch deren hervorragender inhaltlichen Tiefe aus. Mit dieser positiven Entwicklung der Kennzahlen, welche im Ergebnis eine de facto Vollbesetzung widerspiegeln, habe er nicht gerechnet. Diese Ergebnisse seien umso erstaunlicher, da man erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2018 am 30.11.2017 das Themenfeld „Personalgewinnung“ in den Mittelpunkt politischer Beschlussfassungen gestellt habe. Abschließend

gehe er noch auf vier weiche Faktoren der Personalgewinnung im Besonderen ein. Zunächst erfreue es ihn sehr, dass die geschlechtergerechten Formulierungen (Gendering) sich in großer Ernsthaftigkeit durch den gesamten Vortrag zögen. Zudem bitte er hier um einen Hinweis an den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft, dass bei städtischen Auszubildenden sehr wohl Interesse bzw. Bedarf an einem aktiven Wohnraumangebot durch die Arbeitgeberin bestehe. Darüber hinaus weise er auch noch einmal auf die Bedeutung einer modernen und innovativen Arbeitsumgebung für die Mitarbeitenden hin. Es sei daher sehr wichtig, dass -der politischen Beschlussfassung entsprechend- an einer zeitnahen Realisierung des Neu- und Erweiterungsbaus an der Lagerhausstraße festgehalten werde und keine Verzögerungen einträten. Auch die Anpassung der Beförderungsbedingungen und die vollständige Aufhebung der Wiederbesetzungssperre seien als flankierende Maßnahmen nicht zu unterschätzen. Frau Plum spricht der Verwaltung auch im Namen ihrer Fraktion ihren Dank und ein großes Lob an die Vortragenden aus. Der Vortrag habe sie sehr beeindruckt. Jedes Themenfeld wie zum Beispiel Berufsgruppenspezifizierung, Teilzeitkonzept (u.a. Reststundenausnutzung), Mobile Arbeit und Kennzahlenentwicklung sei schon für sich gesehen interessant und jeweils optimal auf- bzw. erarbeitet worden. Die Umsetzung des Konzeptes zur Personalgewinnung und -bindung sei der Verwaltung -auch im Hinblick auf Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Stadt Aachen im Wettbewerb- perfekt gelungen. Frau Begolli merkt an, dass auch sie gerne mit dem Lob für die Präsentation und die daraus resultierenden hervorragenden Umsetzungsleistungen fortfahren möchte. Die Begeisterung der Vortragenden sei über den gesamten Präsentationszeitraum spürbar gewesen und habe auch sie gefesselt. Mit Bedauern stelle sie jedoch die heutige Nichtanwesenheit von Personalvertretung und Gleichstellungsbüro zu diesem Tagesordnungspunkt fest. Bezugnehmend auf die Entwicklung der internen/externen Bewerbungsquote und der im Durchschnitt deutlich erkennbaren Steigerung von externen Bewerbungen erkundigt sie sich zum einen nach der Qualität dieser Bewerbungen und zum anderen, welche Gründe es habe, dass nur so wenig interne Bewerbungen auf Stellenausschreibungen eingingen. Zudem begrüße sie den Hinweis von Herrn Servos zum Wohnraumangebot für Auszubildende, welches zwischenzeitlich ja auch zu einem festen Bestandteil der Strategie zur Personalgewinnung und -bindung geworden sei. Bereits im Oktober 2018 habe ihre Fraktion einen entsprechenden Ratsantrag „Azubiwohnheim“ eingereicht. Herr Carl führt erläuternd aus, dass die Qualität der externen Bewerbungseingänge durchgängig sehr hochwertig sei. Allein 2018 besetzte die Stadt rund 70 % aller Stellen mit externen Bewerber*innen. Aussagen zur Entwicklung der Anzahl der internen Bewerbungen könnten nur spekulativ sein. Vorweg betont Frau Moselage im Kontext zur Entwicklung der internen Bewerbungsanzahl wie wichtig es sei darauf zu achten, dass alle Führungskräfte ihre Mitarbeitenden auch zu internen Bewerbungen ermutigten. Zudem hebt sie hervor, dass der Einstieg der Stadt Aachen ins Arbeitgebermarketing unerlässlich gewesen sei. Die Mitarbeiterbindung sei neben der Gewinnung die zentrale Strategie zur Sicherung des Fachkräftepotentials. Abschließend spreche sie allen Beteiligten für den wirklich spürbar mit Herzblut erarbeiteten und präsentierten Vortrag ihren Dank aus. Herr Pütz bedankt sich ebenfalls für die gelungene Präsentation der Evaluation der Strategie zur nachhaltigen Personalgewinnung und -bindung. Mit besonderem Interesse habe er die Ausführungen (takeover, landing page etc.) zur crossmedialen Karrierekampagne verfolgt. Frau Seufert schließt sich im Anschluss an ihre Vorredner*innen dem fraktionsübergreifenden Lob für die Umsetzung des Konzeptes an.

Herr Dr. Kremer führt bezogen auf die Ausführungen zu mangelnden internen Bewerbungen ergänzend aus, dass die Verwaltung selbstverständlich hierin ein Schwerpunktthema sehe und daher in einem nächsten Schritt auch entsprechend in eine vertiefende Befassung -mit ganzheitlichem Blick auf die Verwaltung- einsteige. Verwaltungsseits strebe man das Ziel an, bei den Mitarbeitenden eine mögliche Veränderungsbereitschaft herzustellen bzw. zu forcieren. Beispielsweise würden in der heutigen Ausschreibungspraxis bereits in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt alle Stellen bis LBesO A 11 LBesG bzw. EG 10 TVöD unmittelbar intern und extern ausgeschrieben. Bezüglich der weiteren Vorgehensweise im Rahmen von Ausschreibungen höherwertiger Stellen sei man im Benehmen mit der Personalvertretung; angestrebt sei eine ungefähre Quote von 50 % rein interner Ausschreibungen. Die Prüfung bzw. Bearbeitung der Bewerbungseingänge stelle für die Mitarbeitenden der Abteilung Personaleinsatz eine große Belastung dar, da es sich zwischenzeitlich zu einem „Massengeschäft“ gewandelt habe. Die Einführung des Bewerbermanagements mit einer einhergehenden Prozessoptimierung werde hier in absehbarer Zeit eine spürbare Entlastung herbeiführen. Abschließend weist Herr Dr. Kremer noch einmal auf die Wichtigkeit hin, dass entsprechend sich mit dem Personalmarketing befassende Stellen, welche aktuell noch mit einem kw-Vermerk versehen seien, durch Streichung dieses Vermerkes so erhalten werden können.

Die Präsentation ist als Anlage in Allris hinterlegt. Aufgrund ihres Umfangs wird sie jedoch dem Druckexemplar der Niederschrift nicht beigelegt, sondern den Mitgliedern des Ausschusses per GroupWise übersandt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Personalgewinnungs- und bindungsstrategie zur Kenntnis.

zu 4 Sachstandsbericht über die eGovernment-Projekte

Vorlage: FB 11/0350/WP17

Anmerkung der Verwaltung:

Der bereits in der Vorlage angekündigte Sachstandsbericht 2019 über die eGovernment-Projekte wurde vor Sitzungsbeginn sowohl in Allris hinterlegt als auch in gedruckter Form an die Mitglieder des Ausschusses ausgegeben.

Herr Dödtmann führt durch die Präsentation, in welcher er -in Anlehnung an den Sachstandsbericht 2019 über die eGovernment-Projekte- einen Überblick über die generelle Projektorganisation bzw. -struktur, den Ablauf und die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten, einen Überblick über die laufenden (dezernats-, themen- und modellregionsbezogen) und einen kurzen Ausblick auf die künftigen eGovernment-Projekte sowie die Mitarbeiterbeteiligung und -fortbildung gibt. Zur optimalen Umsetzung dieser Projekte sei ein zielgerichteter Einsatz von personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen unabdingbar.

Im Anschluss an die Präsentation merkt Herr Servos an, dass seiner Meinung nach die Aufführung des Projekts „Gute Schule 2020“ fehle und diesbezüglich eine separate Verästelung wünschenswert wäre. Darüber hinaus sei bei den dezernatsbezogenen in Planung stehenden Projekten auffällig, dass das Dezernat VI nur mit 2 Projekten aufgeführt sei. Er erkundigt sich, inwieweit dem Informations- und Kommunikationsmanagement die Gründe für die geringe Projektanzahl bekannt seien. Abschließend bitte er die Verwaltung in diesem Kontext um Mitteilung, in welchem Zeitfenster die Überarbeitung der Digitalen Strategie angedacht sei.

Herr Dödtmann führt erläuternd aus, dass das Projekt „Gute Schule 2020“ nicht separat aufgeführt werde, da es in den laufenden Projekten enthalten sei. Die geringe Anzahl der geplanten Projekte in Dezernat VI lasse sich zum einen grundsätzlich damit erklären, dass sich der Sachstandsbericht und folglich die Präsentation nur mit den Digitalisierungsprojekten im Themenbereich „eGovernment“, welche in der Zuständigkeit dieses Ausschusses lägen, befasse und zum anderen die in diesem Dezernat verorteten Eigenbetriebe (Gebäudemanagement und Eurogress) im IT-Bereich in Gänze eigenverantwortlich agierten. Zudem bediene der ebenfalls in diesem Dezernat verortete Fachbereich Wirtschaftsförderung maßgeblich den zweiten übergeordneten Themenbereich „Digitale Stadtentwicklung/Smart City“.

Herr Dr. Kremer fügt ergänzend hinzu, dass der aktualisierte Entwurf der Digitalen Strategie im September zuerst in den Arbeitskreisen des Personal - und Verwaltungsausschusses und des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft eingespielt und im Anschluss zur weiteren Beschlussfassung eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse anberaumt werde.

Frau Moselage bittet zum besseren Verständnis noch einmal um eine kurze Erläuterung zur letzten Folie der Präsentation „Digitalisierung durch Ausbildung“.

Herr Dr. Kremer erläutert, dass es sich bei dem Unterrichtsfach „eGovernment und Digitalisierung“ um ein eigens städtischerseits implementiertes Schulfach für die Auszubildenden der Laufbahngruppe 1, 2. Einstieg handele. Zudem werde ab 2020 -zunächst nur in Münster und Köln- ein neuer Lehrgang der „Verwaltungsinformatik“ für Studierende der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt angeboten, an dessen Konzeption die Stadt Aachen, u.a. vertreten durch Herrn Dödtmann, maßgeblich mitgearbeitet habe.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die eGovernment-Projekte zur Kenntnis.

zu 5 Förderprogramm Soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration - Teilhabechancengesetz - Aktueller Sachstandsbericht zur Umsetzung in der Stadtverwaltung

Vorlage: FB 11/0347/WP17

Vorweg führt Herr Hammers aus, dass die Ausführungen in der Vorlage zu einer eigens geschaffenen Kolonne im Aachener Stadtbetrieb, in welcher die Personen überobligatorisch in der Straßen- und Grünpflege eingesetzt würden, um sie so sukzessiv an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen,

missverständlich dargestellt seien und einer Korrektur bedürften. Die Vorlage hätte in diesem Punkt im Konjunktiv verfasst werden müssen, da der Aachener Stadtbetrieb sich zurzeit bei dieser Überlegung noch in einem nur konzeptionellen Planungsstadium befinde. Aktuell erfolge eine Integration von 5 am Förderprogramm teilnehmenden Kräften in der regulären Kolonne des Aachener Stadtbetriebes.

Frau Plum spricht der Verwaltung -mit dem Wissen um die im Rahmen der Umsetzung des Förderprogramms durch die Verwaltung zu bewältigenden Hürden - ihr Lob aus. Nur durch eine engmaschige und intensive Betreuung könnten die Beschäftigungsperspektiven dieses Personenkreises längerfristig verbessert werden. Hier bitte sie die Verwaltung um ein entsprechendes Durchhaltevermögen.

Frau Moselage merkt an, dass die Eingliederung von arbeitsmarktfremden Menschen in den regulären Arbeitsmarkt einen großen Aufwand für alle Dienststellen der Verwaltung darstelle und nicht einfach zu bewältigen sei. Sie zolle allen an der Umsetzung des Förderprogramms beteiligten Mitarbeitenden einen großen Respekt. Ein langer Atem sei hier unerlässlich.

Frau Seufert spricht der Verwaltung ebenfalls ihren Dank aus. Grundsätzlich erscheine es ihr jedoch noch zu früh für ein Zwischenfazit. Sie wünsche sich daher, dass die Verwaltung am Ende des Jahres nochmals Bilanz ziehen werde. Ein positiver Entwicklungsverlauf könne für sie auch nur durch eine enge Begleitung des Personenkreises und eine entsprechende Sensibilisierung der städtischen Mitarbeitenden für ihre Arbeit erreicht werden.

Herr Dr. Kremer führt aus, dass die Vorlage der Verwaltung nur als ein erster zeitnahe Sachstandsbericht verstanden werden sollte. Selbstverständlich sei der Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz bzw. ein Fazit noch zu früh. Die Verwaltung werde den Mitgliedern des Ausschusses nach den Sommerferien eine entsprechend gemeinsam mit allen Beteiligten aufgearbeitete Vorlage unterbreiten.

Frau Begolli hinterfragt die Höhe der bürokratischen Anforderungen; gebe es verwaltungsseits Möglichkeiten zur Schaffung einer größeren Flexibilität bzw. von niederschwelligeren Einstiegsvoraussetzungen.

Herr Dr. Kremer merkt erläuternd an, dass die Einhaltung arbeits- bzw. arbeitsschutzrechtlicher Aspekte grundsätzlich auch bei der Umsetzung des Förderprogramms nicht außer Acht gelassen werden dürften/könnten. Er sichere jedoch eine Aufbereitung dieses Themenfeldes für die nächste Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses zu.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters nimmt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 6 Veränderung des Stellenplans 2019

Einrichtung von zwei halben Stellen für ErzieherInnen im Bereich der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45)

Vorlage: FB 11/0342/WP17

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Einlassungen. Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt er dem Rat der Stadt Aachen die Veränderung des Stellenplanes 2019 durch Einrichtung von zwei halben Stellen für ErzieherInnen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE).

zu 7 Veränderung des Stellenplans 2019

Einrichtung von 2,0 Stellen im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration, Abteilung „Hilfen bei Einkommensdefiziten“ (FB 56/200) für die Sachbearbeitung „Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG“

Vorlage: FB 11/0341/WP17

Frau Begolli betont vorweg, dass die Stellenrichtungen aufgrund der Aufgabenzuwächse sinnvoll und unstrittig seien. Sie möchte jedoch an dieser Stelle ihre Verärgerung über den Landschaftsverband Rheinland (LVR) bzw. den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) zum Ausdruck bringen. Sei ein entsprechender beidseitiger Belastungsausgleich vorgesehen? Sie bitte vor diesem Hintergrund um eine Überprüfung im Sinne des Konnexitätsausführungsgesetzes.

Sowohl Frau Plum als auch Frau Nußbaum unterstützen die Ausführungen ihrer Vorrednerin und unterstreichen ihre Aussagen mit persönlichen Erfahrungsberichten.

Herr Dr. Kremer merkt erklärend an, dass die Personalverwaltung -ausweislich der Vorlage- Fragen zum Konnexitätsausführungsgesetzes bereits im Vorfeld mit Dezernat II erörtert habe. Der Landschaftsverband führe seinerseits eine entsprechende Evaluation durch.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Aachen die Veränderung des Stellenplans 2019 durch Einrichtung von 2,0 nach A 10 LBesO A bewerteten Vollzeitstellen für die Leistungssachbearbeitung im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration, Abteilung Hilfen bei Einkommensdefiziten (FB 56/200) zu beschließen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Verfahren für die Verarbeitung und Behebung kleinerer Mängel im Stadtbild:

(Sachstandbericht gemäß Beschlussfassung des Personal- und Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 28.03.2019)

Herr Hammers berichtet, dass zur hervorgehobeneren und deutlicheren Möglichkeit der Eingabe von Anregungen, Anliegen, Beschwerden und Mängeln von Einwohnerinnen und Einwohnern zwischenzeitlich bereits eine graphische Lösung gefunden worden sei. Auf der Startseite befinde sich nunmehr ein neues Piktogramm in Form eines „Megaphons“ mit der Überschrift „Sagen Sie es uns!“

Bezüglich der Reduzierung der bisher als pflichtig deklarierten personenbezogenen Daten im Sinne des Grundsatzes der Datensparsamkeit und der Schaffung der Möglichkeit, auch anonyme Eingaben tätigen zu können, sei eine Neuprogrammierung erforderlich. Mit der entsprechenden Programmierung beginne man umgehend nach den Sommerferien. Die Umsetzung der gewünschten Optimierung der Homepage des Serviceportals für die Smartphone Nutzung erfolge bereits im Rahmen des laufenden IT-Projekts „Facelift Serviceportal“. Der Abschluss dieser Umsetzungsarbeiten sei für das 4. Quartal 2019 avisiert.

Die Mängelmeldung per Smartphone durch Zusendung eines Fotos inklusive einer automatischen Bestimmung der Geo-Koordinaten zwecks Ortsbestimmung sei jedoch bereits jetzt schon möglich.

Frau Parting schließt um 19:05 Uhr die Sitzung.

Daniela Parting
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Marcel Philipp
Oberbürgermeister